

«Wir reisen auf Motorrädern, überfüllten Pick-ups und Lastwagen durch steinige Wüsten. Wir passieren endlose Weiten, bewältigen Berge und Flüsse. Wir bezwingen Zäune und durchqueren die Meere. Wir begegnen Polizisten, Soldaten, Menschenschmugglern und Dieben. Wir sind Kinder, Jugendliche; wir sind mit unseren Familien unterwegs, mit unseren Grossmüttern und Grossvätern oder kranken Verwandten. Wir sind einfach Menschen mit tausend unterschiedlichen Geschichten.»

Liebe Anwesende

Mit diesen Zeilen kritisiert die afghanische Autorin Parawan Amiri in ihrem Buch «Meine Worte brechen eure Grenzen – Briefe an die Welt aus Moria» die Tatsache, dass schutzsuchende Menschen seit Jahren unschuldig zum Spielball der Politik gemacht werden.

Sie fragt sich: «Was würdest du sagen, wenn du dich nach tagelangen Märschen durch Berge, Wälder, Täler und Wüsten, ohne Nahrung und Wasser, in der Kälte, ohne Decken und warme Kleider, aber voller Hoffnung, Europa zu erreichen, plötzlich hinter den Gefängnismauern von Moria wiederfändest, mit deinen zerbrochenen Träumen von Schlaf an einem warmen und sicheren Ort? Würdest du nicht deine ganze Fassungslosigkeit in die Welt hinausschreien wollen?"

Moria. Ein Ort, der nicht erst seit dem Brand vor rund 1.5 Jahren symbolisch für das europäische Versagen steht. Es gibt ihn zigfach, nein hundertfach. In Libyen, im Libanon, in der Türkei, auf griechischen Inseln oder wie ich es mit eigenen Augen sehen durfte auch in Bosnien. Es geht nicht primär um die katastrophalen Lebensbedingungen, mancherorts geben sich die Verantwortlichen wirklich Mühe humane Unterkünfte zu betreiben, aber um die menschliche Kälte, die Härte und die Perspektivenlosigkeit. Diese Kälte und die Perspektivenlosigkeit ziehen sich denn auch weiter bis in die Mitte der hiesigen Gesellschaft, bis mitten in die Schweiz.

Seit der russischen Invasion in der Ukraine durchleben wir als Engagierte im Asylbereich und als Solidarische mit geflüchteten Menschen ein regelrechtes Dilemma, ein Wechselbad der Gefühle. Da ist der Schock über die schrecklichen Berichte, die Hilflosigkeit über das unbeschreibliche Unrecht was der ukrainischen Zivilbevölkerung widerfährt. Da ist die Freude über das entschlossene Engagement von Politik und Gesellschaft. Das ist aber auch Verwunderung: In den letzten Wochen ist möglich, was vorher unmöglich schien. Es zeigt sich was eigentlich möglich wäre, wenn wir denn wollen.

Land auf, Land ab suchen «Expert:innen» nach Erklärungen dafür und versuchen die Ungleichbehandlung von geflüchteten Menschen zu rechtfertigen. Die geografische Nähe zur Ukraine mag ein Faktor sein, dass wir uns unmittelbar näher zu den geflüchteten Ukrainer:innen fühlen, aber die wirkliche Ursache liegt tiefer und ist nicht schön zu reden. Ein grosser Teil der europäischen Gesellschaft, allen voran in der Schweiz, hat jahrzehntelange Diskriminierung in Kauf genommen, weil sie dem antimuslimischen Narrativ der Rechtspopulist:innen von SVP und Co. auf den Leim gegangen ist.

Liebe Anwesende, wie reagieren wir also auf diese Entwicklungen? Wir dürfen jetzt nicht wütend und rechthaberisch sein. Wir müssen uns fragen: Wie gelingt es uns diese Solidarität und die Menschlichkeit für alle geflüchteten Menschen zu ermöglichen? Ich frage mich: Stehen wir gar an einem Wendepunkt, an dem wir es schaffen eine humane Aufnahmekultur zu etablieren? Ich bleibe skeptisch, denn Rechtspopulist:innen prägen weiterhin die Diskussionen über den Umgang mit geflüchteten Menschen und grosse Teile von Gesellschaft und Politik lassen dies zu.

Ein sehr aktuelles Beispiel dafür: Das System Frontex. Die Diskussion über die Abstimmung vom 15. Mai über den Ausbau der europäischen Grenz- und Küstenwache Frontex verläuft im Moment vor allem über das Argument der Europapolitik. Riskiert die Schweiz nun ihre Mitgliedschaft am Schengenabkommen oder nicht? Ich sage euch: Was für eine Farce!

Wie kann es sein, dass sie vergessen, dass es aktuell keine politischen Mehrheiten dafür gibt die tödliche Abschottung endlich zu beenden? Wie kann es sein, dass toleriert wird, dass es gegenwärtig keine legale Möglichkeit gibt in einem europäischen Staat ein Asylgesuch zu stellen? Wie kann es sein, dass sie sich tatsächlich für den Ausbau einer Agentur einsetzen, die in den letzten Jahren bereits massiv ausgebaut wurde und die Menschenrechtssituation, Stichwort: Pushbacks, libische Küstenwache oder Seenotrettung, doch nur schlimmer wird? Befürworter:innen verstecken sich, wissentlich oder nicht, hinter Scheinargumenten und Drohkulissen, um von dieser eigentlichen Diskussion abzulenken. Sie nennen uns naiv und ideologisch. Dabei ist nicht der humane Umgang mit geflüchteten Menschen naiv oder zum Scheitern verurteilt. Flucht, liebe Anwesende ist der Ausdruck vom Scheitern der Politik und Abschottung ist der Ausdruck einer Haltung, die mit dem eigenen Scheitern nicht konfrontiert werden will. Kurzum: Abschottung ist die Kapitulation vor den komplexen Aufgaben einer globalisierten Welt.

Das Netzwerk Asyl Aargau engagiert sich seit dem ersten Tag entschieden für dieses Referendum. Im Wissen darum, dass wir Frontex nicht einfach abschaffen können, sondern weil es dringend notwendig ist Informations- und Aufklärungsarbeit darüber zu leisten, was an den europäischen Aussengrenzen jeden Tag passiert. Die Schengenstaaten und die EU nehmen auf dem Mittelmeer, an der türkischen Grenze oder neuerdings sogar in Nordafrika die Entrechtung, die Gewalt und den Tod tausender Menschen in Kauf. Frontex ist dabei nur eine Ausgeburt einer perfiden Abschottungsstrategie. Vom strengen Grenzschutz verspricht sich die europäische Politik und damit auch die Schweiz eine Antwort auf den Aufstieg der Rechtsnationalen. Ein hämischer Irrtum zu glauben, mit systematischen Menschenrechtsverletzungen, Aufrüstung und Intransparenz dem Hass und der Hetze der SVP, der AfD, den Orbans, Le Pens, Glarner und Birchers entgegenzutreten zu können. Wenn wir keine humanen Lösungen finden, werden wir nicht überzeugen. Überhaupt sind es nicht nur diese Kräfte, sondern auch demokratisch legitimierte Amtsträger:innen aus ganz Europa die regelmässig einen kriegsähnlichen Zustand an den Grenzen in Griechenland oder Italien zeichnen. Kräfte, die es rechtfertigen, dass mit bewaffneten Grenzbehörden und aufgerüsteten Abwehrsystem gegen Menschen vorgegangen wird. Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Gewalt in Europa Schutz und Perspektive suchen.

Liebe Anwesende, wir brauchen nicht weniger Europa, sondern mehr. Mehr Europa, aber nicht davon! Schicken wir die unausgewogene Frontex-Vorlage zurück an Bundesrat und Parlament und verlangen mit Nachdruck ausgleichende Massnahmen. Die Wiedereinführung des Botschaftsasyls, die Erhöhung der Aufnahmen durch das Resettlement-Programm für besonders Schutzbedürftige oder eine eigene Kontrolle über die Schweizer Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen. Damit ist die Arbeit natürlich nicht getan!

Liebe Anwesende

Die letzten Wochen geben mir persönlich auch Hoffnung. Hoffnung besagt schliesslich, dass die Dinge auch anders sein können. Um nicht bloss zu hoffen, sondern zu tun, braucht es aber eine starke Bewegung. Seien es die Gewerkschaften, die Feminist:innen, die Klimaaktivist:innen und die linken Parteien; wir müssen dem rechtspopulistischen Sprech der SVP und ihren bürgerlichen Steigbügelhaltern endlich etwas entgegensetzen. Damit wir künftig, ob in der Diskussion um Frontex oder im Umgang mit Menschen wie Parawan Amiri eben die Werte wie Frieden, Freiheit und Solidarität ins Zentrum stellen. Denn diese Werte, liebe Anwesende, können sowieso nicht für wenige, sondern nur für alle gelten. In diesem Sinne wünsche ich uns einen mutigen und bewegten 1. Mai und ein – «Hoch, die internationale Solidarität!»